



Kita-Bündnis NRW c/o Fröbel Bildung und Erziehung - Alexanderstr. 9 - 10178
Berlin

An die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen

- Per E-Mail -

Düsseldorf/Berlin, 06. Juli 2026

Geplante ABC-Klassen in NRW: Bitte verabschieden Sie das Gesetz nicht in seiner jetzigen Form!

Gemeinsamer Appell von freien Trägern der frühen Bildung – im breiten Schulterchluss mit Elternvertretungen, Kinderschutz, fachpädagogischer Wissenschaft und Gewerkschaften in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

am 8. Juli 2026 wird sich der Fachausschuss für Schule und Bildung voraussichtlich ein letztes Mal mit der geplanten Einführung der ABC-Klassen befassen. Wenige Tage später soll das Gesetz im Landtag Nordrhein-Westfalen verabschiedet werden. Wir wenden uns heute mit einer dringenden Bitte an Sie: Verhindern Sie den Aufbau schulischer Parallelstrukturen auf Kosten der frühkindlichen Bildung!

Verabschieden Sie dieses Gesetz nicht in seiner jetzigen Form.

Die unterzeichnenden Organisationen und Fachpersonen vertreten unterschiedliche Perspektiven auf frühe Bildung, Kinderschutz, Wissenschaft, Elterninteressen und Bildungsarbeit. In einem zentralen Punkt teilen wir alle die gleiche Überzeugung: Die geplanten Vorkurse für Kindergartenkinder an Schulen („ABC-Klassen“) können die bestehenden Herausforderungen der Sprachbildung nicht lösen, denn sie ändern nichts an ihrer Ursache.

Niemand bestreitet den dringenden Handlungsbedarf: Die Ergebnisse der jährlichen Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass bei Weitem zu viele Kinder mit massiven sprachlichen Defiziten eingeschult werden. Nicht weniger als ein Drittel aller Erstklässler ist davon betroffen. Die Frage ist jedoch nicht, ob gehandelt werden muss, sondern wie.

Gerade deshalb haben wir uns von Beginn an nicht auf Kritik beschränkt, sondern konstruktive Vorschläge in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Einer davon war, eine mögliche Pilotphase der ABC-Klassen ausschließlich auf Kinder zu konzentrieren, die bislang keine Kindertageseinrichtung besuchen und deshalb häufig einen besonderen Förderbedarf aufweisen. Dieser Vorschlag hätte gezielt bestehende Förderlücken adressiert, ohne gleichzeitig die professionelle Bildungsarbeit der Kitas zu schwächen. Insgesamt setzt das vorliegende Gesetz aus unserer Sicht an der falschen Stelle an. Denn:

Sprachbildung beginnt nicht erst kurz vor der Einschulung.

Sprachbildung beginnt bereits am ersten Tag in der Kita – in Beziehungen, im Spiel, im gemeinsamen Alltag, in der Interaktion mit vertrauten pädagogischen Fachkräften und anderen Kindern.

Wissenschaft, Praxis und langjährige Erfahrungen in den Einrichtungen zeigen übereinstimmend: Frühe, alltagsintegrierte Sprachbildung entfaltet die größte Wirkung. Bei Kindern mit erhöhten Sprachförderbedarfen könnte eine zusätzliche Kleingruppen- oder Einzelförderung in der Kita unterstützen, sofern diese sinnvoll in den pädagogischen Alltag integriert sind.

Sprachförderung aus dem Alltag der Kinder herauszulösen und in zusätzliche schulische Vorkurse zu verlagern, schafft dagegen ein fachpädagogisch nicht vertretbares sowie stigmatisierendes und kostenintensives Parallelsystem, dessen Überlegenheit bislang weder wissenschaftlich belegt noch praktisch nachgewiesen ist.

Statt neue Strukturen aufzubauen, sollten vielmehr die bestehenden Bildungsorte gestärkt werden.

Zusätzliche Belastungen für Kinder und Familien

Mit den geplanten ABC-Klassen sind auch regelmäßige Fahrten zu schulischen Förderangeboten, zusätzliche Übergänge und neue Bezugssysteme verbunden. Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf profitieren jedoch gerade nicht von wechselnden Settings, sondern von stabilen Beziehungen, vertrauten Bezugspersonen und Lernumgebungen sowie verlässlichen Tagesabläufen. Zusätzliche Wege, organisatorische Belastungen und weitere Übergänge erscheinen deshalb pädagogisch fragwürdig und stehen in keinem überzeugenden Verhältnis zum erwarteten Nutzen.

Die betroffenen Kinder brauchen nicht mehr Systeme. Sie brauchen bessere Unterstützung in den Systemen, die sie bereits täglich begleiten. Sollte das Land dennoch an einer Erprobung der ABC-Klassen festhalten, erscheint ein anderer Weg deutlich sinnvoller: Eine Pilotphase könnte sich auf Kinder beschränken, die bislang keine Kita besuchen. Dort bestehen die größten Förderlücken. Zugleich würde vermieden, funktionierende Bildungsprozesse in den Kindertageseinrichtungen unnötig zu unterbrechen oder zu entwerfen.

Kitas sind Teil der Lösung – nicht Teil des Problems

Besonders kritisch sehen wir das Signal, das von diesem Gesetz für die Kindertageseinrichtungen ausgeht: Wer Sprachförderung organisatorisch aus dem Setting und der Zuständigkeit Kita herauslöst, vermittelt zugleich den Eindruck, dass die bestehenden Bildungsprozesse nicht ausreichend wirksam seien. Dies wird weder der zunehmenden Professionalität der pädagogischen Fachkräfte noch den tatsächlichen Leistungen nachweislich qualifizierter Einrichtungen gerecht.

Die Antwort auf festgestellte Sprachdefizite kann nicht darin bestehen, Bildungsaufgaben aus den Kitas heraus zu verlagern. Vielmehr müssen die Einrichtungen der frühen Bildung in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit noch wirksamer zu gestalten. Dafür braucht es auch einen verlässlichen gesetzlichen und finanziellen Rahmen. Ein deutlich weiterentwickeltes Kinderbildungsgesetz (KiBiz) muss die Voraussetzungen schaffen, damit Kitas insbesondere bei der Sprachbildung ihren Bildungsauftrag erfüllen können.

Gleichzeitig gilt: Wer für sich in Anspruch nimmt, bei der Sprachbildung federführend zu sein, muss auch Verantwortung für deren Wirksamkeit übernehmen. Es reicht nicht aus, zusätzliche Ressourcen einzufordern. Förderbedarfe müssen frühzeitig erkannt, Maßnahmen gezielt eingeleitet und ihre Wirkung überprüft werden. Genau hier liegen große Entwicklungschancen für das System der frühen Bildung – und diese werden von den Einrichtungen immer stärker genutzt.

Alle Kitas in NRW werden im Zuge der KiBiz-Novelle verpflichtet, ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zur alltagsintegrierten Beobachtung und Dokumentation der Sprachentwicklung einzusetzen, zum Beispiel das Instrument BaSiK („Begleitende alltagsintegrierte Sprachentwicklungsbeobachtung in Kindertageseinrichtungen“). Große Träger von Kindertageseinrichtungen in NRW nutzen das Instrument bereits seit einigen Jahren. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine systematische Sprachentwicklungsbeobachtung mit BaSiK eine belastbare Grundlage für eine bedarfsgerechte Planung und Steuerung von Sprachförderung schaffen kann: Eine differenzierte Datenqualität kann nicht nur ermöglichen, den Förderbedarf von Kindern individuell zu ermitteln, sondern diesen perspektivisch auch bedarfsgerecht zu steuern. Politik und Verwaltung erhalten auf dieser Grundlage aussagekräftige Informationen zu konkreten Bedarfen. Notwendige Mittel können passgenau und somit ressourcenschonend verteilt werden. Das schafft die Voraussetzung für echte Chancengleichheit und Teilhabe.

Bei Fröbel wird die Sprachentwicklung von jährlich rund 17.000 Kindern mit BaSiK bereits seit dem Kita-Jahr 2025/26 systematisch beobachtet und ausgewertet. Wie Fröbel dies in seinen 250 Einrichtungen umsetzt, geht aus der dem Fachausschuss für Schule und Bildung vorliegenden Stellungnahme hervor, die neben den weiteren Stellungnahmen auf der [Webseite des Ausschusses](#) abrufbar ist.

Diese Erfahrungen bestärken uns in der gemeinsamen Überzeugung: Die Kita kann es! Sie verfügt über die Voraussetzungen, Sprachbildung wirksam zu gestalten – wenn sie ihren fachlichen Beitrag leistet und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen erhält.

Qualitätsmittel gehören in die Kitas

Mit besonderer Sorge beobachten wir darüber hinaus die öffentliche Diskussion, künftig möglicherweise auch Bundesmittel aus dem geplanten Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz zur Finanzierung der ABC-Klassen heranzuziehen. Sollte sich dieser Weg bestätigen, würde dies die fachlichen Bedenken zusätzlich verschärfen.

Mittel, die ausdrücklich für die Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen vorgesehen sind, müssen dort ankommen, wo Qualität entsteht: im pädagogischen Alltag der Kitas. Die Einrichtungen benötigen diese Ressourcen dringend für Sprachbildung, Fachkräftequalifizierung, Qualitätsentwicklung, Familienbildung und die Unterstützung von Kindern mit besonderem Förderbedarf. Hinzu kommt: Nach den Berechnungen der Landesregierung sollen allein für die Beförderung der Kinder zu den ABC-Klassen jährlich rund 108 Millionen Euro aufgewendet werden. Diese Mittel wären in der unmittelbaren Sprachbildung deutlich wirksamer investiert als in den Aufbau einer kostenintensiven Parallelstruktur.

Wer bessere Sprachförderung will, muss demzufolge die Kitas stärken – nicht schwächen!

Anhörungen müssen Konsequenzen haben

Besonders nachdenklich stimmt uns der Verlauf des bisherigen Gesetzgebungsverfahrens: Sowohl in der Anhörung zur Schulrechtsnovelle als auch in der Anhörung zur Weiterentwicklung des KiBiz haben Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Praxis, Trägerlandschaft, Elternvertretungen, Kinderschutz, Gewerkschaften und kommunaler Ebene erhebliche fachliche Bedenken vorgetragen. Die Kritik war breit, fundiert und ging in sehr vielen Punkten in die gleiche Richtung.

Selten hat ein bildungspolitisches Vorhaben im Bereich der frühen Bildung eine derart breite und einige fachliche Skepsis hervorgerufen. Umso mehr irritiert der Eindruck, dass diese Einwände offenbar kaum Auswirkungen auf die weitere Ausgestaltung des Gesetzes haben. Die jüngsten öffentlichen Ankündigungen der Landesregierung scheinen diesen Eindruck eher zu bestätigen als zu entkräften. Jedenfalls lassen die bislang kommunizierten Anpassungen nicht erkennen, dass die zentralen fachlichen Einwände gegen die ABC-Klassen aufgegriffen wurden.

Anhörungen sind aber kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, fachliche Expertise in politische Entscheidungen einzubeziehen. Gerade bei einem Vorhaben mit so weitreichenden Folgen für Kinder, Familien, Kitas und Schulen erwarten wir eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Argumenten. Dieses Verständnis entspricht unserem gemeinsamen Verständnis von Demokratie. Wir beteiligen uns als Sachverständige an parlamentarischen Anhörungen, weil wir darauf vertrauen, dass fachliche Expertise den Gesetzgebungsprozess bereichert und ernsthaft in politische Entscheidungen einfließt.

Genau diese Form von Beteiligung, Zuhören und gemeinsamer Lösungsfindung vermitteln wir täglich auch den Kindern in unseren Kindertageseinrichtungen. Umso mehr wünschen wir uns, dass sich dieses demokratische Grundverständnis auch im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens widerspiegelt.

Unser gemeinsamer Appell

Die Diskussion über Sprachförderung darf nicht zu einer Diskussion darüber werden, welcher Bildungsbereich für bestehende Defizite verantwortlich gemacht wird. Kita und Schule tragen als Bildungspartner gemeinsam Verantwortung für erfolgreiche Bildungsbiografien und einen gelingenden Übergang. Dafür braucht es starke Kitas, starke Schulen und eben einen verlässlichen Übergang zwischen beiden Systemen – nicht die Verlagerung von Bildungsaufgaben von einem System in das andere.

Wir sind überzeugt:

- Sprachbildung beginnt in der Kita und muss dort konsequent gestärkt werden.
- Förderbedarfe müssen frühzeitig erkannt und systematisch bearbeitet werden. Dies ist auf der Grundlage mittels BaSiK ermittelter Daten inzwischen sehr gut möglich. Alle Kitas in NRW sollten sich diesem Verfahren anschließen.
- Öffentliche Mittel für Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung müssen den Kindern in Kitas unmittelbar zugutekommen und dürfen nicht zur Finanzierung neuer Parallelstrukturen verwendet werden.

- Politische Entscheidungen sollten sich an wissenschaftlicher Evidenz, pädagogischer Erfahrung und den Bedürfnissen der Kinder orientieren.
- Sprachförderung muss für alle Kinder verbindlich geregelt sein und in der Kita starten. Nur so wird sichergestellt, dass alle Kinder die Unterstützung erhalten, die sie für einen erfolgreichen, chancengleichen Bildungsweg brauchen.

Wir appellieren daher an Sie, als Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen:

Nutzen Sie die verbleibende Zeit bis zur Schlussabstimmung. Nehmen Sie die vorgetragenen Bedenken ernst. Verzichten Sie auf eine Verabschiedung des Gesetzes in seiner jetzigen Form und treten Sie stattdessen in einen echten Dialog mit Wissenschaft, Praxis, Eltern, Kinderschutz, Kommunen und Trägern ein. Auch jetzt stehen wir für einen konstruktiven Dialog gerne bereit.

Sollte das Parlament an einer Erprobung zusätzlicher Förderangebote festhalten wollen, schlagen wir vor, diese zunächst auf Kinder ohne Kita-Besuch zu konzentrieren und wissenschaftlich zu begleiten. So könnten Förderlücken gezielt geschlossen werden, ohne die bewährten Strukturen der frühen Bildung zu schwächen.

Die Kinder in Nordrhein-Westfalen verdienen eine Reform der Sprachbildung. Aber sie verdienen eine angemessene, am Kind orientierte Reform.

Mit freundlichen Grüßen

Für das Kita-Bündnis NRW:

Stefan Spieker, Geschäftsführer Fröbel Bildung und Erziehung

Marcus Bracht, Geschäftsführer educcare Bildungskindertagesstätten

Ute Jansen, Geschäftsleitung Kita Outlaw Kinder- und Jugendhilfe

Vera Hopp, Geschäftsführerin VKJ, Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Ruhrgebiet e.V.

Annette Holtmann und Dr. Jürgen Reul, Geschäftsführung kitea Kindertagesstätten

Für die Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW:

Uwe Hildebrandt

Für die Elternvertretungen:

Daniela Heimann, Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW e.V.



Für den Kinderschutz:

Prof. Dr. Gaby Flöber, Der Kinderschutzbund in NRW

Für die fachpädagogische Wissenschaft:

Prof. Dr. Renate Zimmer, Universität Osnabrück, nifbe

Prof. Dr. Nina Högbe, TU Dortmund

Prof. Dr. Timm Albers, Universität Paderborn

Für die Gewerkschaften:

Stephan Osterhage-Klingler, GEW NRW

Gabriele Schmidt, ver.di NRW

Über das Kita-Bündnis NRW:

Um den drohenden Qualitätsabbau in der frühkindlichen Bildung zu verhindern, haben sich mehrere große freigemeinnützige Träger gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) NRW zum Kita-Bündnis NRW zusammengeschlossen. Aktuell gehören dem Bündnis rund 100 Träger an. Gemeinsam setzen sie sich für eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung in NRW ein.

Über Fröbel:

Als deutschlandweit größter freier Träger betreibt Fröbel mehr als 250 Krippen, Kindergärten und Horte in 13 Bundesländern, davon 90 in NRW. Die Fröbel Akademie betreibt zwei Fachschulen für angehende Erzieherinnen und Erzieher mit Studierenden am Standort Köln sowie in Berlin.